Stand: 12.07.2025 03:28:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19274

"Krankenhausplanung muss bayerisch bleiben, medizinische Krankenhausversorgung auch von Kindern sicherstellen, Konzept für Kinderimpfungen auflegen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19274 vom 30.11.2021
2. Beschluss des Plenums 18/19328 vom 01.12.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 01.12.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.11.2021 **Drucksache** 18/**19274**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Karl Freller, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Krankenhausplanung muss bayerisch bleiben, medizinische Krankenhausversorgung auch von Kindern sicherstellen, Konzept für Kinderimpfungen auflegen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die auf Bundesebene geplante Schwächung der föderalen Kompetenzen im Bereich der Krankenhausplanung strikt ab. Die Krankenhausplanung in Bayern funktioniert und muss weiterhin umfassend in der Kompetenz des Freistaates bleiben.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kinderkrankenhäuser einzusetzen. Dazu ist es erforderlich, das Diagnosebezogene Fallgruppen-System (DRG-System) – anders als im Koalitionsvertrag der Ampel vorgesehen – nicht nur im Hinblick auf die Ausbildung zu reformieren, sondern auch im Sinne der Finanzierung der Kinderstationen auf den Prüfstand zu stellen.

Mit Blick auf die bevorstehende Zulassung des Corona-Impfstoffs auch für Kinder wird die Staatsregierung aufgefordert, umgehend ein Konzept für Kinderimpfungen in enger Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendämtern vorzubereiten und ein Informationsangebot für die Eltern im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel aufzulegen.

Begründung:

Der am 24. November 2021 vorgestellte Koalitionsvertrag der Ampel auf Bundesebene birgt die Gefahr, dass die Staatlichkeit der Länder ausgehöhlt wird. Föderale Kompetenzen sind nicht verkäuflich! Der Freistaat Bayern wird seiner Verantwortung in der Investitionskostenförderung der Plankrankenhäuser im Freistaat umfassend gerecht. Im Haushaltsjahr 2021 stehen für die Krankenhausförderung mehr als 643 Mio. Euro bereit. Eine schleichende Übernahme dieser Kompetenzen durch den Bund käme einer Entkernung der föderalen Struktur unseres Landes gleich. Sie wäre der Anfang vom Ende der Eigenstaatlichkeit der Länder!

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Für den Bereich der Betriebskostenfinanzierung der Kliniken sind indes im dualen Finanzierungssystem die Krankenkassen zuständig. Der Bund muss die besondere Situation der Kinderstationen im Blick behalten. Im Zweifel muss die Möglichkeit zum Wohle der kleinen Patientinnen und Patienten sowie deren Eltern bestehen, Kinderstationen aus dem DRG-System herauszunehmen – genau so, wie es im Bereich der Palliativversorgung bereits erfolgt ist. Die Betriebskostenfinanzierung auf Bundesebene muss überprüft werden, z. B. durch eine Überarbeitung des Fallpauschalen-Systems, wie im Koalitionsvertrag zwischen der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIEN WÄHLER vereinbart.

Denn Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern bedürfen – gerade im Krankheitsfall – einer besonderen Versorgung. Das wissen Eltern nur zu gut. Mit 43 Krankenhäusern mit der Fachrichtung Kinder- und Jugendmedizin (bzw. Kinderchirurgie) sowie 37 Krankenhäusern im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie verfügt Bayern über ein gutes Versorgungsnetz. Anders als in anderen Bundesländern gab es in Bayern in den vergangenen zehn Jahren zwar keine Schließung einer gesamten Fachrichtung für Kinder- und Jugendmedizin, allerdings konnten aufgrund Mangels an Fachpersonal – insbesondere in den Ballungsräumen und im Bereich der Pflege – zeitweise immer wieder Betten nicht betrieben werden. Entscheidend ist deshalb eine gute personelle Ausstattung gerade im pflegerischen Bereich. Hier müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um dem Fachkräftemangel energisch entgegenzutreten. Klar ist auch: die finanzielle Ausstattung muss auskömmlich sein. Im Bereich der Investitionskostenfinanzierung ist der Freistaat Bayern zusammen mit den Kommunen ein verlässlicher Partner.

Mit Blick auf die bevorstehende Zulassung und STIKO-Empfehlung (STIKO = Ständige Impfkommission) der Kinderimpfungen bedarf es geeigneter Informationsangebote für die Eltern und eines Konzepts für einen reibungslosen Start der Impfkampagne.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.12.2021 **Drucksache** 18/**19328**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Karl Freller, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**19274**

Krankenhausplanung muss bayerisch bleiben, medizinische Krankenhausversorgung auch von Kindern sicherstellen, Konzept für Kinderimpfungen auflegen

Der Landtag lehnt die auf Bundesebene geplante Schwächung der föderalen Kompetenzen im Bereich der Krankenhausplanung strikt ab. Die Krankenhausplanung in Bayern funktioniert und muss weiterhin umfassend in der Kompetenz des Freistaates bleiben.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kinderkrankenhäuser einzusetzen. Dazu ist es erforderlich, das Diagnosebezogene Fallgruppen-System (DRG-System) – anders als im Koalitionsvertrag der Ampel vorgesehen – nicht nur im Hinblick auf die Ausbildung zu reformieren, sondern auch im Sinne der Finanzierung der Kinderstationen auf den Prüfstand zu stellen.

Mit Blick auf die bevorstehende Zulassung des Corona-Impfstoffs auch für Kinder wird die Staatsregierung aufgefordert, umgehend ein Konzept für Kinderimpfungen in enger Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendämtern vorzubereiten und ein Informationsangebot für die Eltern im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel aufzulegen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Abg. Roland Magerl
Abg. Kerstin Celina
Abg. Andreas Winhart
Abg. Ruth Waldmann
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Susann Enders
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Susanne Kurz

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Krankenhausplanung muss bayerisch bleiben, medizinische Krankenhausversorgung auch von Kindern sicherstellen, Konzept für Kinderimpfungen auflegen (Drs. 18/19274)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Bayern muss souverän bleiben! Klinikplanung in der Hand des Freistaates lassen, Versorgung verbessern, Pflege sichern, kinderfreundlicher werden, freie Impfentscheidung respektieren (Drs. 18/19292)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Ausschussvorsitzender.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Woche haben wir den Koalitionsvertrag der Ampel zur Kenntnis nehmen können. So viel lässt sich jetzt schon sagen: Das links-gelbe Bündnis, die neue Zentralregierung Deutschlands, ist kein Freund Bayerns. Auch der Föderalismus ist kein zentrales Leitmotiv in diesen 177 Seiten. Im Gegenteil: Bei uns schrillen die Alarmglocken, wenn wir die Passagen zur Krankenhausplanung lesen. Wir wollen nicht unter die Räder des Zentralismus ge-

raten. Die Bundesregierung wird aller Voraussicht nach durch drei Parteien gebildet, die alle ihren Sitz in Berlin haben. Diesen Geist atmet auch der Koalitionsvertrag. Dort heißt es auf Seite 86:

> Mit einem Bund-Länder-Pakt bringen wir die nötigen Reformen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auf den Weg. Eine kurzfristig eingesetzte Regierungskommission wird hierzu Empfehlungen vorlegen und insbesondere Leitplanken für eine auf Leistungsgruppen und Versorgungsstufen basierende und sich an Kriterien wie der Erreichbarkeit und der demographischen Entwicklung orientierende Krankenhausplanung erarbeiten.

"Leitplanken für die Krankenhausplanung" – ich halte das für einen massiven Eingriff in eine Kernkompetenz des Freistaats Bayern. Schon bei den Qualitätskriterien waren wir in Bayern in den letzten Jahren überaus vorsichtig – nicht weil es uns nicht um die Qualität im Krankenhaus gehen würde, sondern weil wir nicht die Katze im Sack kaufen wollten. Wir wollen selbst entscheiden und von unseren Kompetenzen Gebrauch machen; denn wir in Bayern wissen am besten, was uns in Bayern guttut und welche Krankenhäuser wir in Bayern für eine gute Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land brauchen. Wir sind einfach näher dran als die Berliner an ihrem "Reißbretl‘".

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man das liest, dann beschleichen einen unwillkürlich Gedanken an das Papier der Bertelsmann Stiftung von Mitte 2019 zu einer "zukunftsfähigen Krankenhausversorgung". Dort wird festgehalten, dass von zwölf Krankenhäusern zehn geschlossen werden können. Der Tenor lautet: Deutschland hat zu viele Krankenhäuser.

Meine Damen und Herren, in einem Ballungsraum wie Köln-Leverkusen mag das gehen; aber doch nicht in einem Flächenstaat wie Bayern! Das kommt davon, wenn alles durch eine zentralistische Brille betrachtet wird. Ich kann nur empfehlen, auch mal in die Fläche, etwa nach Oberviechtach oder Burglengenfeld zu schauen, wo wir

Krankenhäuser haben und mit innovativen Ideen behalten. Diese Krankenhäuser braucht es dort dringend.

Noch deutlicher hatten es die Berliner Parteizentralen zunächst bis kurz vor Redaktionsschluss in ihrem Zentralpapier formuliert. Dort stand zu lesen:

> In Bundesländern, deren Krankenhausplanung auf diesen Leitplanken beruht, übernimmt der Bund einen Anteil der für eine bedarfsgerechte Investitionsförderung der Krankenhäuser anfallenden Ausgaben des Landes. Die Fördermittel auf Landesebene werden in einem Fördertopf vereint.

Wir können nur sagen, meine Damen und Herren: Gott sei Dank ist dieser Satz rausgefallen. In jedem Fall zeigt und belegt er, wes Geistes Kind die neuen Koalitionäre in Berlin sind. Hier geht es um eine schleichende Entkernung der Eigenstaatlichkeit der Bundesländer und insbesondere Bayerns. Es geht um die Übernahme bisher föderaler Kompetenzen durch die Zentralregierung und eine Schwächung des Freistaats im Bereich der Krankenhausplanung. Wir müssen uns auf die Hinterbeine stellen. Die Krankenhausplanung in Bayern funktioniert, und sie muss weiterhin umfassend in der Kompetenz des Freistaats bleiben. Ich möchte hier betonen: Pro Jahr geben wir zusammen mit den Kommunen 643,4 Millionen Euro für die Investitionskostenförderung unserer Krankenhäuser aus. Das sind allein in dieser Legislaturperiode insgesamt drei Milliarden Euro. Das ist aller Ehren wert. Dazu kommen noch die Mittel, die Bayern in den Krankenhauszukunftsfonds einbezahlt. Es zeigt sich also schon vor deren Start deutlich, dass der neuen Zentralregierung in Berlin das föderale Korrektiv fehlt.

Deshalb halten wir in unserem Dringlichkeitsantrag ganz klar fest: Die Krankenhausplanung muss bayerisch bleiben. Ich bitte Sie herzlich, dem zuzustimmen. Da kann kein bayerischer Abgeordneter dagegen sein.

(Beifall bei der CSU)

Unser Antrag geht aber noch darüber hinaus. Wir brechen mit ihm eine Lanze für die Krankenhausversorgung von Kindern. Diese muss sichergestellt sein und bleiben. Wir fordern die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene weiterhin für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kinderkrankenhäuser einzusetzen. Dazu ist es erforderlich, das Diagnosebezogene Fallgruppen-System nicht nur im Hinblick auf die Ausbildung zu reformieren, sondern auch im Sinne der Finanzierung der Kinderstationen. Wir haben im Dringlichkeitsantrag geschrieben: "anders als im Koalitionsvertrag der Ampel vorgesehen". – Diesen Halbsatz können Sie streichen, wenn Sie wollen; denn dieser Satz ist in der Endfassung rausgefallen. Neu steht drin: "Kurzfristig sorgen wir für eine bedarfsgerechte, auskömmliche Finanzierung für die Pädiatrie". – Das klingt schon besser, muss aber umgesetzt werden. Nur um das zu erläutern: Die Kinderstationen müssen nach unserer Auffassung aus dem DRG-System herausfallen – ganz so, wie wir es im Koalitionsvertrag hier in Bayern zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN vereinbart haben, und genau so, wie es auch im Bereich der Palliativversorgung bereits erfolgt ist; denn Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern bedürfen gerade im Krankheitsfall einer besonderen Versorgung. Das wissen die Eltern nur zu genau.

Die AfD-Fraktion behauptet in ihrem Dringlichkeitsantrag, den wir übrigens ablehnen werden, dass wir Geburtsstationen vernachlässigt hätten. – Das genaue Gegenteil ist der Fall. Wir haben in Bayern 43 Krankenhäuser mit der Fachrichtung Kinder- und Jugendmedizin sowie 37 Krankenhäuser mit der Fachrichtung Kinder- und Jugendpsychiatrie. Wir hatten in den letzten zehn Jahren keine einzige Schließung eines solchen Krankenhauses. Wir haben leider aus Gründen des Personalmangels die eine oder andere Station nicht betreiben können. Aber genau dem gilt die Forderung nach Herausnahme der Kinderstationen aus dem DRG-System. Deswegen bitte ich Sie, dem zuzustimmen.

Schließlich fordern wir in unserem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung auf, ein Konzept für Kinderimpfungen aufzulegen. Das ist ein besonders sensibler Bereich. Deswegen muss hier besonders viel und gut erklärt werden. Aber die Zulassung steht

bevor. Die Ständige Impfkommission wird sich mit dem Thema befassen. Deswegen sagen wir: Wir brauchen geeignete Informationsangebote für die Eltern und ein Konzept für einen reibungslosen Start der Impfkampagne. Wir wollen deshalb genau dies von der Staatsregierung aufgelegt haben; denn das ist ein wichtiger Baustein, um aus dieser katastrophischen Pandemie herauszukommen. Ein Informationsangebot für die Eltern ist hier von entscheidender Bedeutung. Wir bitten Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie noch. Es gibt eine Zwischenbemerkung. – Der Herr Abgeordnete Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion hat sich gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Seidenath, ich finde es spannend, wie Sie den Koalitionsvertrag lesen und interpretieren. Sehen Sie in unserer Krankenhauslandschaft keinen Reformbedarf, vor allem vor dem Hintergrund, dass Sie die letzten 16 Jahre diesbezüglich nichts unternommen haben? Das ist die erste und einzige Frage.

(Beifall bei der FDP)

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Spitzer, ich stelle fest, dass Sie unser Wahlprogramm überhaupt nicht gelesen haben. Dann hätten Sie diese Frage selbst beantworten können. Ich habe gerade Folgendes gesagt: Wir brauchen beispielsweise eine Herausnahme der Kinderstationen aus dem Diagnosebezogenen Fallgruppen-System – DRG –. Wir brauchen insgesamt eine Überarbeitung des DRG-Systems. Deswegen ist eine Überarbeitung der Betriebskostenfinanzierung notwendig. Eine solche ist aber in unserem dualen System bei den Krankenkassen zu ändern; da wollen wir umfassend reformieren. Wir bitten aber darum, die Investitionskostenförderung der Länder nicht anzutasten. Ich will keine Monistik; ich will den Dualismus behalten. Die Länder sollen bitte schön für die Investitionskosten-

förderung und auch für die Planung der Krankenhäuser zuständig bleiben; das ist ihr Part. Das ist unser Ziel. Wir stellen uns massiv gegen eine schleichende Entkernung unserer Kompetenzen. Die Krankenhausplanung muss bayerisch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. Es gibt keine Zwischenbemerkungen. – Damit komme ich zum nächsten Redner. Das ist der Abgeordnete Roland Magerl von der AfD-Fraktion. Herr Magerl, bitte schön.

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 10. Oktober 2019 haben wir hier im Hohen Haus über fünf Dringlichkeitsanträge beraten, bei denen es um die Finanzierung von Kinderkliniken gegangen ist. Wir haben schon damals eine Finanzierung gefordert, die Kinderkliniken finanzsorgenfrei werden lässt. Was hat die Union damals dazu beigetragen? – Einen Berichtsantrag.

Die Union war damals schon im Bund verantwortlich, in Bayern auch. Und was ist passiert? – Nichts. Jetzt kommt im Bund die Ampel, weil Sie mit Ihrer Politik eben keine Wähler mehr hinter dem Ofen hervorlocken können. Und weil jetzt andere am Ruder sitzen, hat sich die Union jetzt auch ganz schnell an das Oppositionsdasein gewöhnt. Wie schaut das dann aus? – Anträge wie diese werden herausgehauen, und es wird in Richtung Berlin geschossen, getreu dem Motto: Wenn wir es verbockt haben, dann schieben wir das Ganze jetzt wenigstens auf andere.

In Sachen Fachkräftemangel haben Sie übrigens auch dazu beigetragen, dass es auf Kinderstationen schwieriger wird. Hier nenne ich nur einmal die Generalistik. Waren Krankenpflegeschüler früher drei Monate auf der Kinderstation, so sind es heute nur noch ein paar Wochen. Das Kinderpflegepersonal sagt, das sei zu wenig, um die Schüler von der tollen Arbeit zu überzeugen und letztlich die Stationen zu entlasten.

Zu Ihrem Dringlichkeitsantrag: Ja, wir wollen auch die Hoheit der Krankenhausplanung in Bayern; da sind wir definitiv d’accord. Wer hat es aber auf Bundesebene verbockt?

– Der Pharmalobbyist Jens Spahn von Ihrer Schwesterpartei CDU. Mit seinem Entwurf zur Reform der Notfallversorgung ist der Stein doch erst ins Rollen gebracht worden.

Zum zweiten Punkt, der Finanzierung der Kinderkliniken: Wir hatten hier im Hohen Haus bereits 2019 ausführlich und mit guten Vorschlägen aller Fraktionen diskutiert. Es war genug Zeit, um es auch im Bund anzubringen. Jetzt nutzen Sie das, um gegen die Ampel zu schießen. Das ist pure Augenwischerei, weil das Ganze in den letzten 16 Jahren von Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag verbockt worden ist.

Zum letzten Punkt der Impfung von Kindern gegen Corona: Das wollen Sie auf Biegen und Brechen. Entschuldigung, geht es eigentlich noch? Bevor ich jetzt emotional werde und mich im Ton vergreife, schließe ich lieber mit einem Zitat von Prof. Dr. Detlev Krüger, dem Vorgänger von Merkels Corona-Liebling Christian Drosten. Er hat am 8. November 2021 Folgendes von sich gegeben:

> Kinder sind keine Pandemietreiber. Das sagt auch das Robert-Koch-Institut. Am wichtigsten ist: Sie erkranken kaum. Und wer von Kindern verlangt, sie sollten sich allein deshalb impfen lassen, damit Corona in der Bevölkerung zurückgedrängt wird, hat nicht verstanden: Auch Geimpfte tragen das Virus weiter.

– Das sehen wir jeden Tag.

> Man sollte die Kinder endlich aus der Schusslinie nehmen.

Man sollte ihnen ein normales Leben ermöglichen. Die Kontaktbeschränkungen in Schulen waren übertrieben; denn die Kinder sind keine gefährdete Gruppe. Die Kollateralschäden der Corona-Maßnahmen haben die Kinder in den letzten eineinhalb Jahren krankgemacht.

> (Beifall bei der AfD)

Wir lehnen deshalb Ihren Antrag ab und bieten zugleich an, unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag zuzustimmen, welcher auch die vernachlässigten Geburtsstationen beinhaltet, die bei Ihnen keine Beachtung finden.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Magerl. Es gibt keine Zwischenbemerkungen. – Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Kerstin Celina von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Holla, Herr Seidenath! Als ich Ihren Dringlichkeitsantrag gelesen habe, habe ich mich gefragt, ob Ihnen mitten in der Corona-Pandemie tatsächlich nichts Dringenderes einfällt, als mit einem substanzlosen Anti-Ampel-Antrag den Weltuntergang zu beschwören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Antrag bezieht sich auf einen der vielen klugen Sätze im Koalitionsvertrag. Wir bringen nämlich mit einem Bund-Länder-Pakt die nötigen Reformen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auf den Weg, die sich an der Erreichbarkeit und demografischen Entwicklung orientiert. Dieser Satz treibt Ihnen den Angstschweiß auf die Stirn. Die Regierung ist noch nicht im Amt, und Sie behaupten in der Begründung Ihres Antrags wortwörtlich, das wäre der Anfang vom Ende der Eigenstaatlichkeit der Länder und käme einer Entkernung der föderalen Struktur unseres Landes gleich. Ernsthaft? – Wir befinden uns in der schlimmsten Lage unseres Gesundheitssystems zu unseren Lebzeiten. Die Patientinnen und Patienten werden reihenweise aus Bayern in andere Bundesländer ausgeflogen, weil es die Bayerische Staatsregierung mit ihren vergurkten Impfkampagnen seit zwei Jahren nicht schafft, genügend Menschen zum Impfen zu bewegen,

(Zuruf – Beifall bei den GRÜNEN)

und weil Bayern einen stellvertretenden Ministerpräsidenten hat, der viele Menschen im Wahlkampf darin bestärkt hat, sich nicht impfen zu lassen. Sie stehen faktisch vor dem Trümmerhaufen Ihrer Corona-Politik. Sie hängen am Tropf der Krankenhäuser in den anderen Bundesländern.

(Zuruf)

Sie stellen kleingliedrige Anti-Ampel-Oppositions-Anträge, statt konstruktiv an einer modernen und bedarfsgerechten Krankenhausplanung und -finanzierung mitzuarbeiten. Genau diese Art von Anti-Politik ertragen die Menschen nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem haben Sie doch überhaupt keine Krankenhausplanung in Bayern. In den letzten Jahren galt doch immer: Der Landkreis, der zuerst nicht mehr zahlen kann, hat verloren und gibt sein Krankenhaus auf. Von Krankenhausplanung gab es keine Spur. Ein Beispiel: Kennen Sie auch Meldungen von Babys, die im Rettungswagen oder Auto geboren werden? Warum wohl? – Weil der Weg zur Geburtshilfestation zu weit war. Das ist Ihre Art von Krankenhausplanung.

(Zuruf)

Woher kommt das denn? Von Bayerns angeblich ach so genialer Krankenhauspolitik? – Diese Arroganz, mit der Sie hier das Ende der Eigenstaatlichkeit der Länder heraufbeschwören, zeigt doch, dass es Ihnen nur um Ihren eigenen Einfluss und Ihre eigene Macht und nicht um die hohe Qualität der Versorgung, das Leistungsangebot der Kliniken und nicht um deren Erreichbarkeit geht, und das, während die bayerische Kliniklandschaft in einer der größten Krisen aller Zeiten ist. Es ist unfassbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Thema der Kinderkrankenhäuser: Erinnern Sie sich an die 2019 von über 20.000 Unterstützer*innen an den Bayerischen Landtag eingereichte Petition mit dem

Ziel, bedrohte Kinderkrankenstationen in Bayern durch eine Notfallfinanzierung vor der Schließung zu bewahren? 20.000 Menschen mussten Ihnen Beine machen, damit sie mit ihrer Sorge um die Kinderkrankenhäuser endlich gehört werden. In Ihrer Schwesterpartei haben das weder Hermann Gröhe noch Jens Spahn vorangebracht.Trauen Sie das der neuen Bundesregierung einfach zu, und arbeiten Sie aus der Opposition heraus konstruktiv mit!

Apropos konstruktiv mitarbeiten: Mein letzter Punkt ist das Thema Kinderimpfung. Ich halte es für ein starkes Stück, dass Sie die Staatsregierung im Dezember 2021 auffordern müssen, einen Plan für Kinderimpfungen zu machen. Heißt das, dass selbst die Regierungsfraktionen der Meinung sind, dass den ganzen Sommer über gar nichts in Richtung Planungen für Impfungen für Kinder vorbereitet worden ist, und auch nicht im Herbst? Heißt das, dass das Kultusministerium noch nicht selbst auf die Idee gekommen ist, Online-Informationsabende zum Thema Impfung für interessierte Schülerinnen und Schüler anzubieten?

Am 9. September hat das Kultusministerium die Schulleiter und Schulleiterinnen aufgefordert, mit den regionalen Impfzentren Kontakt aufzunehmen. Manche haben das getan; das hat dann auch gut geklappt. Ich habe in der letzten Woche die Zahlen für ganz Unterfranken abgefragt: Von 446 weiterführenden Schulen, also Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Fachakademien, Berufsoberschulen und wie sie alle heißen, haben bisher nur 87 ein Impfangebot gemacht. Wir verstehen, dass Sie Ihrer eigenen Staatsregierung Beine machen müssen. Diesem Spiegelstrich würden wir auch zustimmen. Wir wollen aber die ersten beiden Punkte Ihres Dringlichkeitsantrags nicht unterstützen. Deshalb müssen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Interventionen. – Die erste kommt vom Herrn Abgeordneten Bernhard Seidenath. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Bernhard Seidenath (CSU): Frau Kollegin Celina, Sie haben gesagt, die Leute ertrügen die Anti-Politik nicht mehr. Bedeutet dieser Satz, dass Sie es gutheißen, dass die neue Zentralregierung in Berlin die Krankenhausplanungskompetenzen Bayerns auf den Bund verlagern möchte? Frau Kollegin Celina, jetzt wäre eine gute Gelegenheit, ein Bekenntnis dafür abzugeben, dass die Krankenhausplanungskompetenz in vollem Umfang beim Freistaat Bayern bleibt.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Seidenath, Ihre rhetorischen Spielchen sind schon krass. Sie sprechen jetzt von der "Zentralregierung". Was für ein Bild beschwören Sie denn damit herauf? Das ist eine Regierung, die aus drei verschiedenen Fraktionen gebildet wird, die in der Mitte der Gesellschaft leben.

Lesen Sie doch bitte unseren Koalitionsvertrag. Er besteht aus 175 Seiten Substanz. Die Länder werden darin doch nicht übergangen. Wir beginnen die nötigen Reformen mit einem Bund-Länder-Pakt. Sie werden doch nicht bestreiten, dass diese Reformen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung nötig sind. Wichtig ist für uns vor allem die Erreichbarkeit. Ich habe das Beispiel gebracht, dass Babys in Rettungswagen geboren wurden. Die Reformen müssen sich außerdem an der demografischen Entwicklung orientieren.

Sie können mir doch nicht erzählen, dass diesbezüglich in Bayern alles in Ordnung ist. Ich habe die Beispiele doch gebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die zweite Intervention kommt von Herrn Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin Celina, Sie haben gerade das Beispiel der Geburten im Rettungswagen gebracht. Mich wundert es sehr, dass Sie plötzlich das Thema Geburtshilfe für sich entdeckt haben. Sie haben im Dezember 2018 einen Antrag der AfD zur Rettung der Geburtshilfestationen in Bayern abge-

lehnt. Ihre Kollegen im Kreistag von Rosenheim haben applaudiert, als man neulich der Geburtshilfestation in Bad Aibling den Rest gegeben und sie endgültig aus dem Krankenhausplan entfernt hat. Ich frage mich, was an Ihrer Position ehrlich ist. Vielleicht rufen Sie einmal Ihre Kollegen in Rosenheim an und bringen sie auf den rechten Weg.

(Beifall bei der AfD)

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Kollege, als die AfD noch nicht einmal richtig gegründet war, habe ich am 8. Dezember 2013 im Bayerischen Landtag meinen ersten Antrag zum Thema Geburtshilfe vertreten. Das war meine erste Rede im Plenum. Dann sind Sie irgendwann dazugekommen und haben auch einen Antrag zu diesem Thema gestellt. Sie wissen ganz genau, dass wir den Anträgen einer rechtsextremen Partei nicht zustimmen. Genau das ist der Grund.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Weitere Interventionen liegen nicht vor. Ich komme zur nächsten Rednerin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Schade, es hat Spaß gemacht!

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich komme zur nächsten Rednerin. – Frau Kollegin Waldmann, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Dringlichkeitsantrag der CSU muss ich erst einmal einiges geraderücken. Darin werden zum Teil sehr problematische Behauptungen aufgestellt. Ich beginne mit der Finanzierung der Kinderkrankenhäuser, die, wie Sie wissen, mir ein besonderes Anliegen ist. Ich habe mich mehrfach mit Nachdruck, und am Ende auch mit Erfolg, dafür eingesetzt, dass Bayern mithilft, die zu schlecht finanzierte Kinderme-

dizin aus dem Fallpauschalensystem herauszunehmen und eine auskömmliche Ausstattung zu schaffen.

Bayern sollte den Vorstoß des Landes Mecklenburg-Vorpommern und seiner Ministerpräsidentin Manuela Schwesig unterstützen. Deshalb haben wir im Ausschuss gefordert, die Staatsregierung gemeinsam darauf zu verpflichten, dieser Bundesratsinitiative zuzustimmen. Das war eine bemerkenswerte Sitzung des Gesundheitsausschusses. Schließlich passiert es nicht oft, dass Sie einem meiner Anträge am Ende zustimmen. Die Sitzung verlief ein bisschen hektisch, weil wir Sie erst von Ihrer eigenen Meinung überzeugen mussten. Anfangs haben Sie versucht, das Thema wieder zu verzögern und zu vertrödeln. Wir haben Sie aber zum Schwur gebracht, sodass wir einen gemeinsamen Beschluss fassen konnten. Wunderbar!

Sie verdrehen hier aber zwei Tatsachen. Deswegen möchte ich das klarstellen. Sie behaupten, dass im Koalitionsvertrag der Ampel nicht vorgesehen sei, die Kindermedizin aus den Fallpauschalen zu nehmen. Das ist schlicht falsch. Im Koalitionsvertrag steht zur Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung wörtlich: "Kurzfristig sorgen wir für eine bedarfsgerechte auskömmliche Finanzierung für die Pädiatrie, Notfallversorgung und Geburtshilfe." So klar und unmissverständlich steht das im Koalitionsvertrag. Das ist gut und richtig so. Darüber freue ich mich auch sehr.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe daher überhaupt kein Verständnis dafür, dass Sie hier die Unwahrheit behaupten. Die wichtige Neuregelung der Krankenhausfinanzierung soll in einem Bund-Länder-Pakt erfolgen. Da hätten Sie die Möglichkeit, konstruktiv mitzuwirken. Sie wollen aber lieber auf die Ampel schießen, egal ob Ihre Behauptungen stimmen oder nicht. Daher ist es auch unsinnig, hier von einer Schwächung der föderalen Kompetenzen zu reden. Die Krankenhausplanung findet in Bayern kaum statt, obwohl die Staatsregierung bundesgesetzlich dazu verpflichtet ist. Die zentrale Schwäche ist nach wie vor die notorisch mangelhafte Finanzierung der Investitionskostenförderung.

Sie wurde über Jahre hinweg heruntergefahren und erst allmählich wieder auf den Stand von vor 20 Jahren angehoben. Sie ist immer noch zu niedrig. Sie hätten die Pflicht, den errechneten vollen Betrag von einer Milliarde Euro jährlich zur Verfügung zu stellen. Das Geld fehlt sonst an anderer Stelle. Machen Sie also Ihre Hausaufgaben, und machen Sie bei der nötigen Reform der Krankenhausfinanzierung mit!

(Beifall bei der SPD)

Die künftige Bundesregierung macht Ihnen mit dem Bund-Länder-Pakt ein explizites Angebot, und die Bayerische Staatsregierung fühlt sich davon bedroht. Geben Sie Ihren trotzigen Widerstand auf! Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

Jetzt kommen Sie mit einem Konzept für die Kinderimpfung. Das kann doch auch nicht wahr sein! Wir haben ein solches Konzept seit Mai immer wieder eingefordert. Dieses Konzept konnte und musste vorbereitet werden. Jetzt ist die ersehnte Zulassung des Impfstoffes endlich da. Sie üben ständig Druck auf die STIKO aus; und jetzt ist nichts vorbereitet. Das ist doch ungeheuerlich! Wir haben erwartet, dass Sie heute und hier die fertigen Konzepte vorlegen können. Die Stadt München wollte mit den Kinderimpfungen sofort loslegen. Sie wurde jedoch vom Gesundheitsministerium zurückgepfiffen. Es fehlt zum Beispiel an rechtssicheren Aufklärungsbögen für die Einverständniserklärung der Eltern. Warum wurde denn das nicht vorbereitet? Warum haben Sie sich darum nicht gekümmert?

Das Registrierungsportal BayIMCO muss erst noch programmiert werden. Damit ist keine Terminvergabe möglich. Fangen Sie damit vielleicht jetzt erst an? Warum ist dieses Portal jetzt, wo die Impfstoffe da sind, nicht startbereit?

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie bedacht, dass ein Großteil der Kinderarztpraxen am Jahresende urlaubsbedingt geschlossen ist? Was ist denn mit dem Informationsangebot und der Kampagne? Sie wollen das im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel machen. Wir brauchen

aber TV-Spots, Aufklärung in den Social Media, Zeitungsannoncen und Plakate, und zwar in verschiedenen Sprachen, weil wir gerade auch nicht deutschsprachige Familien erreichen wollen. Diese sind auf die Aufklärung angewiesen. Da sind wir reichlich spät dran. – Ich sehe gerade, dass ich noch Gelegenheit bekomme, dazu etwas zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Waldmann, Sie haben es richtig erkannt. Herr Kollege Bernhard Seidenath hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Bernhard Seidenath (CSU): Werte Frau Kollegin Waldmann, ist Ihnen bekannt, dass der Freistaat Bayern eine höhere Investitionskostenförderung als jedes von Ihrer Partei geführte Flächenland gewährt?

Ruth Waldmann (SPD): Ja. Das liegt daran, dass Sie diese Förderung über Jahre hinweg heruntergespart haben. Sie kommen erst jetzt wieder allmählich auf dem Stand von vor 20 Jahren an. Wenn man diese Förderung zuerst herunterfährt, muss man hinterher umso mehr drauflegen. Das ist doch logisch.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind aber noch weit von dem entfernt, was die zuständige InEK berechnet hat und was uns die kommunalen Kliniken und die Kliniken in Bayern an Bedarf melden. Es ist eine Verpflichtung des Bundeslandes, für eine auskömmliche Investitionskostenförderung zu sorgen. Das steht so im Gesetz.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der Fraktion der FDP.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich freue mich,

dass Sie sich so schnell in die Oppositionsrolle eingefunden haben. Nachdem unter Ihrer Regierungsverantwortung in den letzten Jahren weder auf Bundes- noch auf Landesebene eine wirkliche Krankenhausstrukturreform in Angriff genommen wurde, kann dieses Thema nun endlich angegangen werden.

Für mich ist unbestreitbar, dass es hier Reformbedarf und jetzt in der zukünftigen Ampelkoalition auch Gestaltungswillen gibt. Wir müssen die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung in Deutschland, aber auch in Bayern durch Reformen, die erforderlich sind, sichern und weiterentwickeln. Wir sind dies den Patienten, aber auch allen, die im Gesundheitssystem verankert sind und arbeiten, schuldig.

Die Menschen wünschen sich eine bestmögliche medizinische Versorgung in ganz Deutschland und keine parteipolitischen Machtspielchen, um mediale Aufmerksamkeit zu erzielen. Ich bin jederzeit zu einer konstruktiven Debatte bereit.

Im Entwurf des Koalitionsvertrags war noch die Übernahme eines Teiles der Investitionskosten der Länder vorgesehen; das wurde aber wieder gestrichen. Sie kritisieren damit etwas, was nicht vereinbart wurde.

Ich halte es für den absolut richtigen Weg, die Versorgung mit erlösunabhängigen Vorhaltepauschalen zu sichern. Auch für die Kinderkliniken wird eine bedarfsgerechte, auskömmliche Finanzierung auf den Weg gebracht. Es bringt uns nicht weiter, wenn Sie mit Ihrer Kritik hier vorgreifen. Die Regierungskommission wird ihre Arbeit schnellstmöglich aufnehmen und effektive Vorschläge erarbeiten.

Die letzte Forderung in Ihrem Antrag zeigt dagegen genau das Handeln der letzten Wochen auf: ein Zögern, Abwarten; entschiedenes und perspektivisches Agieren – Fehlanzeige!

Es ist viel zu spät, erst jetzt ein Konzept für die Kinderimpfungen auf den Weg zu bringen. Hierzu hätten schon längst Vorbereitungen getroffen werden können. Ich hätte

mir hier eine starke Einbindung der Kinder- und Jugendärzte gewünscht; denn sie sind es schließlich und endlich, die die Kinder impfen dürfen.

Mich stimmt die aktuelle Entwicklung, was Boostern und Erstimpfungen anbetrifft, jedoch optimistisch. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal an alle Menschen in Bayern und Deutschland appellieren: Bitte lasst euch impfen!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist dann, wenn das Pult frei ist, die Kollegin Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Beim Thema Investitionskostenförderung der Plankrankenhäuser in den Ländern – also auch bei uns in Bayern – droht mit der neuen Ampelregierung in Berlin – ja, ich muss das wiederholen – eine schleichende Übernahme dieser Kompetenzen durch den Bund. Das käme auch für uns einer Entkernung der föderalen Struktur des Landes gleich.

Bayern haushaltet besonnen und nachhaltig – nicht immer perfekt, aber nah dran. Bayern nimmt die Investitionskostenförderung der Plankrankenhäuser ernst. In diesem Jahr stehen für die Krankenhausförderung mehr als 643 Millionen Euro bereit.

Der Bund muss weiterhin die besondere Situation der Kinderstationen im Blick behalten. Kinderstationen gehören nicht ins DRG-Fallpauschalensystem. Dabei muss auch die Betriebskostenfinanzierung auf Bundesebene überprüft werden. Auch muss das Fallpauschalensystem überarbeitet werden, wie es auch im Koalitionsvertrag von CSU und uns FREIEN WÄHLERN vereinbart wurde.

Kinder brauchen besondere medizinische Versorgung. In Bayern gibt es 43 Krankenhäuser im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin sowie 37 Krankenhäuser im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Anders als in anderen Bundesländern gab es

in Bayern in den vergangenen zehn Jahren keine Schließungen der gesamten Fachrichtung für Kinder- und Jugendmedizin; wir müssen dennoch alle Maßnahmen ergreifen, um dem Fachkräftemangel auch hier energisch entgegenzutreten.

Im Bereich der Investitionskostenfinanzierung ist der Freistaat Bayern gemeinsam mit den Kommunen ein verlässlicher Partner. Mit Blick auf die bevorstehende Zulassung und die STIKO-Empfehlung der Kinderimpfung bedarf es geeigneter Informationsangebote für die Eltern in Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendärzten sowie eines Konzeptes für einen reibungslosen Start der Impfkampagne und der Informationskampagne.

Wir lehnen die geplante Schwächung der föderalen Kompetenzen im Bereich der Krankenhausplanung auf Bundesebene strikt ab. Die Krankenhausplanung in Bayern muss weiterhin umfassend in der Kompetenz des Freistaates bleiben. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. Den Nachzieher der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. – – Entschuldigung, der Minister hat das Wort erbeten und bekommt es natürlich auch. Bitte schön, Herr Staatsminister Klaus Holetschek.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der eine oder andere Wortbeitrag hat mich jetzt doch dazu veranlasst, noch kurz etwas zu dem Thema insgesamt zu sagen.

Frau Waldmann, wie heißt jetzt noch mal der neue Gesundheitsminister im Bund?

(Lachen – Ruth Waldmann (SPD): Jens Spahn heißt er! – Weitere Zurufe)

Es wäre natürlich schön, wenn man in diesen schwierigen Zeiten wüsste, wer das Ruder in der Hand hat, gell!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden das aber schon noch erfahren.

Das Thema der Krankenhausfinanzierung und der Krankenhausplanung ist natürlich ein Thema, das wir originär in den Ländern verorten. Wir haben ja auch unterschiedliche Länder: Es gibt Stadtstaaten, es gibt Flächenländer. Ich glaube, es ist richtig und wichtig, dass wir uns dort an dem ausrichten, was die Patientinnen und Patienten brauchen. Wir müssen das zukünftige System an den Patientinnen und Patienten und nicht an Abrechnungsmodalitäten ausrichten. Das gilt übrigens auch für die Krankenhäuser.

Natürlich gibt es eine Tendenz zur Steuerung aus Berlin. Die gab es übrigens schon immer. Man hatte auch in dieser Pandemie immer mal den Eindruck, dass man über die Frage der Ausgleichszahlungen – wo und an welchen Krankenhäusern diese festgemacht werden – aus Berlin ein Stück weit auf dieses System Einfluss nehmen will.

Ich glaube aber schon, dass in diesem Koalitionsvertrag noch einmal deutlich gemacht worden ist, dass man die föderalen Strukturen weiter aushebeln will. Wir wollen das definitiv nicht.

Ich bin deswegen dankbar dafür, dass wir in diesem Antrag noch mal festlegen und manifestieren: Wir wollen in einem Flächenstaat wie Bayern Krankenhäuser, die wohnortnah und für die Patientinnen und Patienten da sind. Wir müssen diese Strukturen natürlich auch gemeinsam weiterentwickeln; das ist doch klar. Wir werden an diesem Punkt nie stehen bleiben. Wir werden diese Dinge immer auch gemeinsam weiterentwickeln. 643 Millionen Euro pro Jahr Investitionsförderung sind schon eine wuchtige Ansage; diese Förderung wird ja auch fortgeschrieben. Das kann sich schon sehen lassen.

Wir haben in den Krankenhäusern nichtsdestoweniger große Herausforderungen: Das Krankenhauszukunftsgesetz ist ein wichtiger Bereich, bei dem die Digitalisierung noch

einmal mit Fördermitteln unterlegt war. Ich könnte mir vorstellen, dass sich der Bund bei solchen Themen in Zukunft einbringen muss: bestimmte Projekte unterstützen, die die Länder dann aufnehmen! Er soll aber nicht das Planungsthema angehen.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass der Bund 500 Millionen Euro in die Hand nimmt, um im Bereich Klima und Krankenhäuser zu investieren. Wir haben mit Green Hospital ein gutes Programm, in dem wir diese Themen anbringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, da wären die Mittel gut investiert.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde mich freuen, wenn der Bund da tatsächlich Akzente setzte.

Herr Kollege Spitzer, ich habe Sie wohl nicht so verstanden, dass Sie gesagt haben, Krankenhäuser müssten auf dem flachen Land geschlossen werden. Ich hatte irgendwie den Eindruck – wie Sie das intoniert haben –, dass Sie in die Richtung gehen, man müsse das natürlich grundsätzlich ändern und anders aussteuern.

Ich glaube, wir sind einer Meinung, dass wir auch im Allgäu noch genügend Krankenhäuser brauchen, die wohnortnah bei den Patienten sind. Das ist richtig und wichtig.

Wir brauchen, auch was das Thema Kinderimpfen angeht, keine Belehrungen. Herr Kollege Dr. Spitzer, machen Sie sich erst einmal schlau. Wir sind jeden Mittwoch in einer Steuerungsgruppe – mit der Ärztekammer, mit den Hausärzten, mit dem Verband der Kinder- und Jugendärzte. Ich spreche zu diesem Thema fast täglich mit Herrn Dr. Hubmann und mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern. Wir haben eine Impfallianz, mit der wir diese Themen genau absprechen.

Kinder- und Jugendimpfungen sind auch ein sensibles Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Gesundheitsministerkonferenz hat noch einmal ganz klar und deutlich gemacht: Wir wollen, dass es, sobald der Impfstoff da ist – der wird jetzt Gott sei Dank um eine Woche vorgezogen; wir Länder haben uns auch dafür eingesetzt –, natürlich primär bei den Ärztinnen und Ärzten Angebote geben wird. Die Ärztinnen und Ärzte sind da ganz wichtig, weil die Eltern mit einbezogen werden müssen und weil man dort auch eine gute Beratung braucht. Wir wollen diese Angebote aber natürlich auch in den Impfzentren machen. Wir wollen spezielle Impfstraßen, die auf Familien und Kinder ausgerichtet sind. Die Impfzentren sind dazu aufgefordert.

Wir wollen zu diesem Punkt aber auch noch einmal die STIKO auffordern, sehr zeitnah eine Empfehlung zu geben. Wir wissen, wenn wir ehrlich sind, dass dieses System immer schwierig ist: Wer hat zu welchem Zeitpunkt den Hut auf? Wer gibt welche Empfehlung ab? – Was wir doch wollen, ist der beste Schutz für alle: für die Kleinsten, für alle Teile der Bevölkerung!

Wir machen das deswegen vernünftig und gemeinsam und in enger Absprache mit den Ärztinnen und Ärzten. Ich bin überzeugt, dass das für die, die es jetzt wollen, ein gutes Thema wird. Davon gibt es viele. Es gibt auch viele, die sich noch beraten lassen wollen; die müssen das tun und ins Gespräch kommen. Ich bin aber überzeugt, dass wir da den richtigen Weg gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Sie können noch am Rednerpult bleiben. – Wir haben zunächst eine Zwischenbemerkung der Kollegin Waldmann von der SPD. Frau Waldmann, bitte.

Ruth Waldmann (SPD): Es geht mir um diesen Popanz, dass Bayern, wenn die Ampel an die Macht kommt, praktisch entmachtet würde. Das ist an der Stelle wirklich putzig.

Im Koalitionsvertrag heißt es wörtlich: "Mit einem Bund-Länder-Pakt bringen wir die nötigen Reformen für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auf den Weg." – Wird sich Bayern konstruktiv an diesem Bund-Länder-Pakt beteiligen? Sie haben selber gerade Themen genannt, zum Beispiel Digitalisierung in den Krankenhäusern, Klima und so was. Da solle der Bund schon was machen – aber irgendwie auch nicht. Werden Sie da jetzt also auf Stillstand schalten, oder werden Sie sich an einem Bund-Länder-Pakt beteiligen und dort konstruktiv die wertvollen Beiträge Bayerns einbringen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Kollegin Waldmann, Sie wissen doch, dass wir als Freistaat immer konstruktiv sind –

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe: Oje!)

dort, wo es vernünftig und richtig ist!

Gestern hat unser Ministerpräsident auf der MPK Herrn Scholz ausdrücklich für die gestrigen Beschlüsse gelobt. Konstruktiver kann man doch gar nicht sein.

Wir müssen doch bloß da den Finger in die Wunde legen, wo wir befürchten müssen, dass Strukturen zerschlagen werden, die für die Menschen in unserem Land wichtig sind. Da werden wir dagegenhalten. Dort, wo uns der Bund nicht vernünftig unterstützt, sondern Vorgaben im System macht und Gelder an Dinge bindet, die Strukturen beeinflussen, werden wir deutlich sagen: mit uns nicht!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt noch weitere Zwischenbemerkungen. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. – Die nächste kommt von Herrn Kollegen Dominik Spitzer von der FDP. Herr Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Es steht außer Frage, dass die ländlichen Räume eine entsprechende Versorgung benötigen.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Sehr gut!

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Da sind wir beieinander. Auf der anderen Seite ist gerade in diesen Zeiten, in denen sich so viel entwickelt, eine Krankenhausstruktur einfach unumgänglich. Die Lösungswege werden wir dann von dieser Regierungskommission vorgestellt bekommen. Wenn ich jetzt mich aber schlaumachen soll, was die Impfungen bei den Kinderärzten anbelangt, dann lese ich Ihnen doch noch einmal den Passus aus Ihrem CSU-Antrag vor:

> Mit Blick auf die bevorstehende Zulassung des Corona-Impfstoffs auch für Kinder wird die Staatsregierung aufgefordert, umgehend ein Konzept für Kinderimpfungen in enger Zusammenarbeit mit den Kinder- und Jugendämtern vorzubereiten und ein Informationsangebot für Eltern im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel

– was ja grenzwertig ist –

> aufzulegen.

Jetzt frage ich mich, ob denn keine Kommunikation zwischen Staatsministerium und der CSU-Fraktion hier im Landtag besteht, wenn die so etwas von Ihnen fordert, wo Sie doch ständig im Kontakt mit den Niedergelassenen und allen Playern in der Kinder- und Jugendmedizin stehen.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Spitzer, die Kommunikation ist so gut, dass wir schon wissen, was wir zu tun haben, bevor die Tinte auf dem Papier trocken ist.

> (Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine weitere Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Susanne Kurz vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kurz, bitte.

Susanne Kurz (GRÜNE): Ich bin sehr froh, dass es heute hier um Kinderimpfungen geht. Ich selbst habe vier, und die, die das dürfen, sind selbstverständlich alle geimpft. Eine war bisher zu jung. Die hat jetzt seit dem 1. Oktober genau vier Tage Kita gehabt. Sonst war die Kita nämlich immer wegen anderer Fälle geschlossen. Die Erzieherinnen und Erzieher wollen in dieser Gruppe gar nicht mehr arbeiten. Mich würde etwas interessieren, nachdem hier aufgefordert wurde, es soll etwas vorbereitet werden. – Rheinland-Pfalz hat heute die Anmeldung freigeschaltet. Rheinland-Pfalz erlaubt den Eltern, Kinder, die das wünschen, einzeln anzumelden oder auch Gruppen anzumelden. Hier wird jetzt ein Konzept, eine Planung gefordert. Der Impfstoff soll am 13. Dezember kommen. Wann können wir Eltern hier in Bayern denn mit einer Anmeldemöglichkeit und wann mit einer Impfmöglichkeit für unsere Kinder rechnen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Kollegin, Sie können schon jetzt mit ärztlicher Beratung und in eigener Verantwortung individuell impfen lassen, als Off-Label-Use, wenn der Arzt das tut. Das ist ein Teil der Wahrheit. Wir haben gesagt, wir warten darauf, bis die Impfdosen, die speziell auf die Kinderimpfung ausgerichtet sind, kommen. Ein Off-Label-Use ist aber schon jetzt mit individueller Beratung durch die Ärzte möglich.

Sie können sich schon jetzt bei BayIMCO registrieren lassen. Die Terminfreischaltung wird aber erst in den nächsten Tagen erfolgen. Wir wissen schließlich erst seit Kurzem, dass unser Anliegen, dass der Impfstoff schneller kommt, noch vor dem 20. kommt, tatsächlich erfüllt worden ist. Wir werden deshalb alles tun, um Impfangebote zu machen. Ich sage es noch einmal ausdrücklich: Es sollen Angebote sein für diejenigen, die wie Sie sagen: Ich will das für mein Kind, weil ich das für richtig und wichtig halte. – Die einen können dann in die Impfzentren, die anderen können den Arzt, die Ärztin, den Hausarzt oder den Kinder- und Jugendarzt in Anspruch nehmen. Am Anfang werden auch nur insgesamt 2,4 Millionen Dosen zur Verfügung stehen, die der Bund ausliefert. Das heißt, das wird nicht für alle in ganz Deutschland reichen. Der

Impfstoff wird dann erst sukzessive weiter auflaufen. Wir von unserer Seite werden aber alles tun, damit Sie möglichst schnell Ihr Kind impfen lassen können.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 18/19274 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD. Stimmenthaltungen! – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/19292 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen! – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und die GRÜNEN. Stimmenthaltungen! – Das ist Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Was ist mit dem fraktionslosen Abgeordneten Sauter? Wie stimmt er ab? – Keine Abstimmung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.